



Hausinterne Mitteilung/Stellungnahme

BOA
DO SRB

Fachbereich:	IV
Amt:	Amt für Landwirtschaft und Umwelt
Fachdienst:	Untere Naturschutzbehörde (UNB)
Dienstort:	Seelow
Auskunft erteilt:	Frau Schütze
Durchwahl:	03346 850-7322
Telefax:	03346 850-7309
E-Mail:	cornelia_schuetze@landkreismol.de
AZ:	63.30/03024-24

Datum: 17. September 2024

1. Allgemeine Angaben:

Stadt/Gemeinde/Amt: Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin
Vorentwurf BP Nr. 33 „Verbrauchermarkt Straße der Jugend“
hier: Unterrichtung der Behörden und sonstigen TÖB zum Stand 03/24

2. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange:

Bezeichnung des Trägers Öffentlicher Belange:
Untere Naturschutzbehörde, Landkreis Märkisch-Oderland

3. Einwendungen (E) mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können, mit Begründung (B) und Rechtsgrundlage (R)

Artenschutz

Im Planverfahren ist zu prüfen ob artenschutzrechtliche Anforderungen bestehen. Nach § 39 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) besteht ein allgemeiner Schutz wild lebender Tiere und Pflanzen. § 44 regelt die Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte Tier- und Pflanzenarten.

Liegen keine Informationen vorab dazu vor, ist es notwendig eine eigene Bestandsaufnahme in der Art vorzunehmen, dass eine Beurteilung möglicher Planungsauswirkungen auf diese Regelungen möglich ist.

Die derzeit laufenden Kartierungen sind abzuschließen. Die Ergebnisse sind in die Planung aufzunehmen und erforderlich durchzuführende Maßnahmen zur Abwehr von Verbotstatbeständen sind mit dem Entwurf des BP nachzuweisen.

Zu einem Verstoß gegen die artenschutzrechtlichen Verbote kann es zwar erst durch die Verwirklichung einzelner Bauvorhaben kommen, da noch nicht der Bebauungsplan, sondern erst das Vorhaben selbst die verbotsrelevante Handlung auslöst. Die Gemeinde muss jedoch die artenschutzrechtlichen Verbote bereits auf der Ebene der Bebauungsplanung beachten. Sie ist verpflichtet, im Verfahren der Planaufstellung vorausschauend zu ermitteln





und zu beurteilen, ob die vorgesehenen Festsetzungen des Planes auf unüberwindbare artenschutzrechtliche Hindernisse treffen.

Festsetzungen, die den artenschutzrechtlichen Verboten entgegenstehen, können zur Vollzugsunfähigkeit der Planung führen. Auf der Ebene des Bebauungsplans muss die Gemeinde die notwendigen Voraussetzungen für die Überwindung eines drohenden Verbots durch ein Hineinplanen in die „Ausnahme- / Befreiungslage“ schaffen.

Maßnahmen der Konfliktvermeidung, die dazu bestimmt sind, Verstöße gegen artenschutzrechtliche Verbotbestimmungen beim Vollzug eines BP vorbeugend zu verhindern (sog. CEF-Maßnahmen), müssen zu ihrer Rechtswirksamkeit im Bebauungsplan dargestellt und festgesetzt werden. Dabei ist es wichtig nachvollziehen zu können, welche Tierarten von der Planung betroffen sind und welche Maßnahmen diesen Beeinträchtigungen entgegenwirken bzw. kompensieren sollen.

Seitens meiner Behörde erging bereits zum Abriss von Gebäuden im Plangebiet eine artenschutzrechtliche Genehmigung zum Umsetzen von Zauneidechsen innerhalb des Plangebietes. Diese Maßnahmen und der genutzte Flächenteil sind mit der weiteren Planung zu beachten.

(R) §§ 39, 44, 45 BNatSchG
Möglichkeiten der Überwindung: keine

4. Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und Rechtsgrundlagen:

Keine

gez. Schütze